

Die Süße des Vergessens

ÖBB. *Geschäfte mit Aufsichtsräten waren schon vor Jahren ein Aufreger. Rasend viel wurde nicht daraus gelernt.*

Die Sache ist fix, und deshalb gibt **Eduard Saxinger** auch bereitwillig Auskunft: Er wird am 15. Juli sein Mandat als stellvertretender Aufsichtsratspräsident der ÖBB-Holding zurücklegen. Das habe „ausschließlich persönliche Gründe“, betont er: Ein Partner seiner Linzer Rechtsanwaltskanzlei habe sich Anfang des Jahres selbstständig gemacht, und daher sei für ihn „eine stärkere Beanspruchung aus beruflicher Sicht gegeben.“ Der Rücktritt wird vier Tage vor Saxingers 62. Geburtstag erfolgen. Er habe sich den Rückzug quasi zum Geschenk gemacht.

Ein Geschenk der anderen Art hatte sein Kollege, Aufsichtsratspräsident **Horst Pöchlhammer**, in petto. Doch darüber spricht Saxinger nicht so gern. In den ÖBB werden ja die Tochtergesellschaften „ÖBB-Infrastruktur Bau AG“ und „ÖBB-Infrastruktur Betrieb AG“ fusioniert – und Saxingers Kanzlei sollte mit dem Rechtsaspekt dieser Transaktion betraut werden. Obwohl die Kanzlei Wolf Theiss bisher in solchen Angelegenheiten gute Dienste erbracht hatte.

Das Ganze war offenbar schon so weit akkordiert, dass Saxinger ein schriftliches Anbot für den lukrativen Auftrag verfasste. Diese Woche hätte der ÖBB-Aufsichtsrat seinen Segen dazu geben sollen –

doch daraus wurde nichts. „Ich habe das Anbot zurückgezogen“, sagt Saxinger knapp.

Angeblich hatte sich Bau-AG-Vorstand **Andreas Matthä** gegen die Auftragsvergabe quergelegt. Die Optik wäre halt wirklich ein bissl merkwürdig gewesen: Saxinger legt nämlich zwar sein Aufsichtsratsmandat in der Holding zurück, er bleibt aber Aufsichtsratschef

just jener beiden ÖBB-Töchter, die fusioniert werden sollen.

Und daher legt Saxinger – Anbot hin oder her – nun Wert darauf, „dass auch in Hinkunft weder von meiner Kanzlei noch von mir Aufträge von der ÖBB-Infrastruktur Bau AG oder ÖBB-Infrastruktur Betrieb AG beziehungsweise der neu entstehenden ÖBB-Infrastruktur AG übernommen werden,

solange ich Aufsichtsratsvorsitzender dieser Unternehmen bin.“

Eine bemerkenswerte Einsicht, die natürlich nicht ganz zufällig kommt. Jedenfalls dürfte es zumindest einigen wenigen in den ÖBB gedämmert sein, dass manche Geschäfte zwar durchaus rechtens sein mögen, aber trotzdem keinen schlanken Fuß machen.

Die ÖBB haben auf dem Gebiet nämlich durchaus einschlägige Erfahrungen sammeln dürfen.

Erinnern wir uns an das Jahr 2006 zurück. Damals herrschte in den ÖBB maximale Aufregung: ÖBB-Managerin **Wilhelmine Goldmann** wurde vorgeworfen, „betriebliche Mittel für nichtbetriebliche Zwecke“ zu verwenden. Wie in Staatsbetrieben üblich, eskalierte die Sache – es hagelte Vorwürfe kreuz und quer, bis sich die ÖBB

generell als ziemlich intransparenter Sumpf offenbarten.

Zunächst stellte sich heraus, dass **Fredmund Malik**, ÖBB-Aufsichtsrat und Widersacher Goldmanns, von seiner ÖBB-Funktion wirtschaftlich ordentlich profitiert hatte. Malik, Leiter des nach ihm benannten Schweizer Managementzentrums St. Gallen, soll von den ÖBB Schulungsaufträge im Ausmaß von einer Million Euro jährlich erhalten haben.

Weitere Aufträge an ÖBB-Aufsichtsräte machten die Runde: Der frühere FPÖ-Justizminister und nunmehrige Rechtsanwalt **Dieter Böhmdorfer** soll einen Beratervertrag über rund 10.000 Euro jährlich gehabt haben. Zunächst verteidigte er das noch mit: „Ich mache das nur den ÖBB zuliebe. Das ist ein Entgegenkommen.“ Mit dem Entgegenkommen war es freilich vorbei, als die Sache publik wurde – Böhmdorfer erklärte den Vertrag für beendet.

Lange stand Böhmdorfer aber ohnehin nicht im Blickfeld des öffentlichen Interesses. Weitere Doppelgleisigkeiten Aufsichtsrat/Auftragnehmer wurden bekannt: ÖBB-Aufsichtsrat **Karl Kapsch** (bzw.

dessen Technologiefirma) wurde als Top-ÖBB-Lieferanten „geoutet“. Ebenso die Firma Rauch von

ÖBB-Aufsichtsrat **Franz Rauch**, die Fruchtsäfte an die ÖBB liefert.

Ob Kritik gerechtfertigt war oder nicht – das Thema hatte ganz offensichtlich eine Eigendynamik erhalten, und die ÖBB-Oberen zogen die Reißleine. Im Herbst 2006 wurde gar Bahnbrechendes verkündet: Der Konzern sollte eine Leitlinie auf Basis des Corporate-Governance-Kodex bekommen. Mehr Transparenz musste her.

Tatsächlich wurde dieser neuen Leitlinie im Geschäftsbericht 2007 brav Folge geleistet. Völlig transparent wurde im Geschäftsbericht ein „Bericht über den Abschluss von Verträgen mit Mitgliedern des Aufsichtsrats“ veröffentlicht. Eine Liste, die zwar mehr als eine DIN-A4-Seite umfasst. Aber immerhin wurde nichts mehr „unter der Tüchent“ ausgemacht.

Da konnte der interessierte Steuerzahler also lesen, dass Rauch im Jahre 2007 Fruchtsäfte im Wert von rund 68.000 Euro lieferte. Dass das Malik-Management-Zentrum nur mehr Leistungen im Wert von 206,93 Euro erbrachte. Oder dass Anwalt Böhmdorfer doch noch so

entgegenkommend war, die ÖBB um wohlfeile 8913,30 Euro juristisch zu beraten – vielleicht war das aber auch nur eine noch vom Vorjahr offene Rechnung. Anwalt Saxinger brachte es immerhin auf 10.818,75 Euro Beraterhonorar.

Und heute? Im letzten ÖBB-Geschäftsbericht für 2008 gibt es zwar auch eine Liste von „Lieferungen an bzw. von nahe stehenden Unternehmen oder Personen“. Doch siehe da: Sie ist deutlich kürzer als im Jahr davor. Nicht, weil es weniger Geschäfte mit ÖBB-Aufsichtsräten gegeben hätte. Im Gegenteil: Im Jahr 2007 gab es Aufträge im Wert von insgesamt 20,4 Millionen Euro, im Jahr 2008 waren es bereits 23,6 Millionen Euro. Nein, die Liste ist kürzer, weil die Aufsichtsräte nicht mehr namentlich genannt und die einzelnen Aufträge nicht mehr einzeln angeführt werden – es gibt nur mehr eine Gesamtsumme.

Saxingers ursprünglicher Wunsch, die bevorstehende Fusion der ÖBB-Töchter rechtsfreundlich zu begleiten, wäre also gar nicht aufgefallen. Ironie des Schicksals.

AUF EINEN BLICK

■ Die ÖBB standen im Jahre 2006 unter Beschuss, nachdem publik geworden war, dass etliche Aufsichtsräte Geschäfte mit den ÖBB machen. Daraufhin wurde Transparenz versprochen, die aber mittlerweile wieder auf die leichte Schulter genommen wird. Diese Woche hätte wieder ein Aufsichtsrat einen Auftrag bekommen sollen – die Sache wurde aber kurzfristig abgeblasen.

Kordikonomy

VON HANNA KORDIK

AUFSICHTSRÄTE UND AUFTRÄGE

EDUARD SAXINGER

ist stellvertretender Aufsichtsratspräsident der ÖBB-Holding. Weiters präsidiert er die Aufsichtsräte der Tochtergesellschaften ÖBB-Infrastruktur Bau AG und ÖBB-Infrastruktur Betrieb AG.

Saxinger ist Rechtsanwalt in Linz. Schon im Jahre 2007 hat seine Kanzlei die ÖBB beraten. Gerne hätte er auch die bevorstehende Fusion der ÖBB-Tochtergesellschaften rechtlich betreut. Doch daraus wurde nichts.

FREDMUND MALIK

wurde im März 2004 Mitglied des Aufsichtsrats der ÖBB-Holding, später auch Aufsichtsratspräsident der ÖBB-Personenverkehr AG. Er hat seine Mandate im April 2007 zurückgelegt.

Malik ist Leiter des nach ihm benannten Schweizer Managementzentrums St. Gallen. Das Wiener Büro seines In-

stituts soll – als Malik noch Aufsichtsrat war – Schulungsaufträge für ÖBB-Manager in Höhe von rund einer Mio. Euro angenommen haben. [Zoed]

KARI KAPSCH

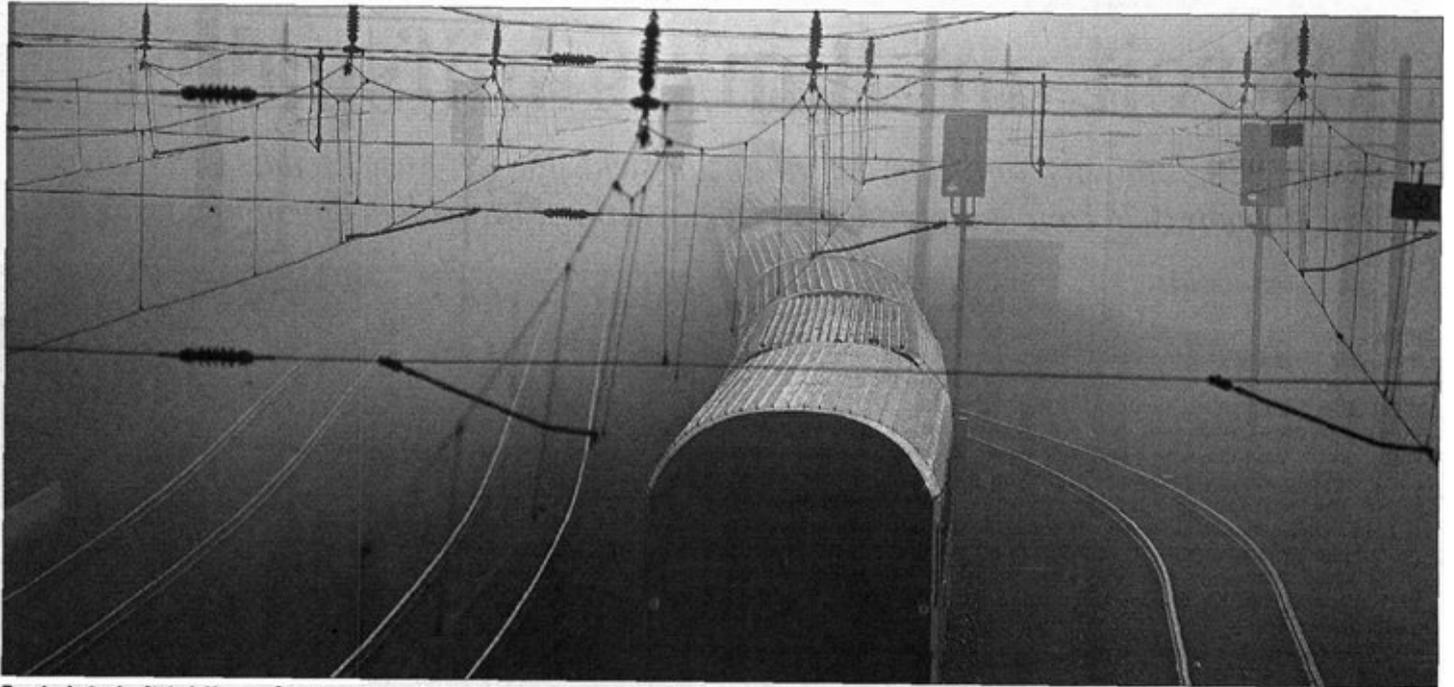
wurde im Frühling 2004 in die Aufsichtsräte der ÖBB-Holding und der Rail Cargo Austria AG gewählt. Im April 2007 hat er die Kontrollgremien verlassen.

Kapsch war damals schon Vorstand des Technologiekonzerns Kapsch AG, eines wichtigen ÖBB-Zulieferers. Die ÖBB rechtfertigten die Kapsch-Aufträge stets damit, dass es für die angebotenen Leistungen nur ganz wenige Anbieter gebe. Die Aufträge seien also „logisch“. [APA]

DIETER BÖHMDORFER

war Aufsichtsrat der ÖBB-Holding und diverser ÖBB-Tochtergesellschaften von 2005 bis 2007.

Seitdem Böhmendorfer der Politik den Rücken gekehrt hat, ist er wieder als Rechtsanwalt tätig. In seiner Zeit als ÖBB-Aufsichtsrat hatte seine Kanzlei einen Beratervertrag mit den ÖBB. Nachdem das publik wurde, erklärte Böhmendorfer den Vertrag für beendet. Und forderte eine Offenlegung der ÖBB-Beraterkosten. [Fabry]



Bundesbahn im Nebel: Von großer Transparenz bei der Auftragsvergabe an ÖBB-Aufsichtsräte keine Spur.

[Bilderbox]